

Jusos: Mit dem Marxismus die Gesellschaft verändern

Bericht über den Bundeskongreß der Jungsozialisten vom 30. März bis 1. April 1979 in Aschaffenburg

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten in Aschaffenburg war ein Kongreß der taktischen Zurückhaltung bei unveränderten politischen Zielen. Die wichtigste Aufgabe dieses Kongresses allerdings war — wie von vielen Rednern angesprochen und angestrebt — die Konsolidierung und Integration des SPD-Jugendverbandes nach den existenzbedrohenden Zerwürfnissen und Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre.

Diese Konsolidierung konnte oberflächlich erreicht werden, indem ein fein austariertes labiles Gleichgewicht der Kräfte im Verband gewahrt wurde. Die geringsten Erschütterungen dieses vorläufigen Gleichgewichtes können zum erneuten Ausbrechen der Fraktionskämpfe führen, wie die Kandidatur eines zusätzlichen Stamokap-Anhängers für den Bundesvorstand gezeigt hat. Diese Kandidatur führte sofort zu heftigen gegenseitigen Beschimpfungen. Die Fraktionsgegensätze brachen sogleich wieder auf.

Der Preis für diese Konsolidierung besteht in der weitgehenden Ausklammerung aller theoretischen und ideologischen Gegensätze zwischen den verschiedenen Juso-Fraktionen. Diese Integration hängt auch an der Person des Juso-Bundesvorsitzenden Schröder, der mit seiner Verbindung von theoretischer Radikalität

und praktischem Opportunismus für jeden etwas bietet. Allerdings dürfte der Verband auf diese Weise nur für eine begrenzte Zeit lavieren können. Das labile Fraktionskartell kann allzuleicht wieder auseinanderbrechen.

Die labile Situation spiegelt sich wider in dem unveränderten Kräfteverhältnis im Bundesvorstand. Gerhard Schröder, Rechtsanwalt aus Hannover, wurde mit 273 Ja- gegen 17 Nein-Stimmen bei 27 Enthaltungen wiedergewählt. Bei der Wahl der sechs stellvertretenden Bundesvorsitzenden erhielten von den abgegebenen und gültigen 299 Stimmen im ersten Wahlgang:

Arno Brandt, Stamokap, 128 Stimmen

Egon Brinkmann, Reformist, 203 Stimmen

Willi Pieczyk, Reformist, 221 Stimmen

Wolfgang Krumbein, Antirevisionist, 223 Stimmen

Detlev Samland, Reformist, 132 Stimmen

Reinhard Schulz, Stamokap, 222 Stimmen

Klaus Peter Wolf, Stamokap, 188 Stimmen.

Im zweiten Wahlgang gewann dann Samland mit 157 Stimmen über Brandt mit 135 Stimmen.

Dieses Ergebnis darf allerdings nicht als eine Niederlage von Stamokap verstanden werden. Es handelte sich vielmehr um die Respektierung des ohnehin labilen Machtkartells an der Juso-Spitze.

Mit Wolfgang Krumbein ist ein ausgesprochener Scharfmacher, einer der radikalsten Marxisten innerhalb des Juso-Verbandes, in den Vorstand gewählt worden.

Marxistische Orientierung

Der Bundesvorsitzende Schröder hat die weltanschaulichen Grundlagen und politischen Ziele der Jungsozialisten in seinem Rechenschaftsbericht in gewohnter Offenheit angesprochen:

„Wir versuchen, die Gesetzmäßigkeiten dieser Ordnung und die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Gesellschaft zu erkennen. Wir bedienen uns dabei der von Marx entwickelten Theorie.

Marxismus ist für uns . . . eine Wissenschaft, die geeignet ist, gesellschaftliche Wirklichkeit und gesellschaftliche Entwicklung zu bestimmen, die zugleich aber auch eine Anleitung zu politischem Handeln im Interesse der ‚ungeheuren Mehrheit‘, also der arbeitenden Bevölkerung, enthält.“

Demgemäß kämpfen die Jusos, so Schröder, „für eine grundlegende Veränderung der kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialordnung, weil wir wissen, daß reale Gleichheit und reale Freiheit nur im Sozialismus auf Dauer möglich sind.“

Die Jusos haben auch auf diesem Kongreß nicht den mindesten Zweifel daran gelassen, daß sie die marktwirtschaftliche Ordnung zu beseitigen gedenken, weil sie „Strukturen einer unmenschlichen Wirtschafts- und Sozialordnung“ (Schröder) aufweist.

Das Ziel einer Überwindung der „kapitalistischen“ Gesellschaftsordnung konkretisiert der Antrag über „Strategische Ziele einer demokratischen Wirtschaftslenkung in der BRD“. Wenn auch dieser Antrag nicht im einzelnen beraten und beschlossen wurde, so bezeichneten ihn die Delegierten per Beschuß doch als „konsequente Fortentwicklung unserer Grundsatzbeschlüsse nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien.“

Vergesellschaftet, in demokratisches Gemeineigentum überführt werden sollen u. a. nicht nur die Reiz-Unternehmen Quandt, Flick, Thyssen, sondern auch die Unternehmen mit breiter Aktienstreuung wie VW, BASF und Veba und die bereits staatlich kontrollierten Unternehmen Ruhrkohle AG, RWE, Gelsenberg, Salzgitter AG.

Ebenfalls vergesellschaftet werden sollen der gesamte Finanzsektor sowie weite Bereiche des Dienstleistungssektors.

„Mit diesen Vergesellschaftungen soll die „Mindestschwelle“ von Vergesellschaftung erreicht werden, die es ermöglicht, die Macht der monopolistischen Zentren zu brechen.“

Dieses letzte Zitat zeigt, daß es sich um ein Papier der sogenannten „Stamokap-Fraktion“ der Jusos handelt.

Weitere Schwerpunktthemen des Kongresses

Kernenergie

Die Jungsozialisten wenden sich konsequent gegen jegliche Form der Nutzung von Kernkraft. Der Antikernkraft-Demonstration, die am selben Wochenende in Hannover stattfand, wurde vollste Solidarität und Unterstützung zuteil. Gegen ziemlich alle Pläne, Projekte, Bau- und Betriebsmaßnahmen im Bereich der Kernenergie wurde mit Beschlüssen und Resolutionen protestiert. „Sie lehnen weiterhin den Bau von Atomkraftwerken ab und fordern die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke in der BRD und anderswo. Die Jusos wenden sich gegen den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage und einer Endlagerung für Atommüll in Salzstöcken, weil zum einen eine sichere Endlagerung nicht gewährleistet ist und zum zweiten damit eine Zerstörung der Landschaft einhergehen würde.“ (Beschuß)

Die seltenen Einbrüche von Realismus in die Diskussion der Jusos blieben folgenlos. So etwa, wenn ein Betriebsrat eines Kraftwerkes erklärte, mit diesen Beschlüssen könne er seinen Kollegen nicht unter die Augen treten, oder wenn ein anderer Delegierter darauf hinwies, daß die Verwirklichung der energie- und umweltpolitischen Beschlüsse zu nachhaltigen Beeinträchtigungen von Wohlfahrt und Lebensstandard führen müßten.

Juso-„Bürgerrechtsbewegung“

Im „Kampf für die demokratischen Rechte“ haben die Jusos eine — von ihnen so genannte — „Bürgerrechtsbewegung“ zusammen mit der Gewerkschaftsjugend und anderen Verbänden gegründet. Nicht die einzige, aber doch die Hauptaufgabe dieser Bewegung ist der Kampf gegen die sogenannten „Berufsverbote“ — also das Thema „Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“. Die Diskussion hierzu nahm ebenfalls sehr breiten Raum ein und zeigte Einmütigkeit bei der Einschätzung durch die Jusos. Sie fordern einen Freibrief für organisierte und aktive Extremisten im öffentlichen Dienst:

„Für uns steht fest, die Mitgliedschaft in einer Partei oder Organisation, die Betätigung in ihr — gleich in welcher Funktion — und für sie bzw. ihre Unterstützung im Rahmen des geltenden Rechtes sind kein Kriterium für die Bewertung eines Bewerbers oder Beamten.“ (Kongreß-Beschluß)

„Wider die Verfassung wird Bewerbern für den öffentlichen Dienst immer noch der Zugang zum Amt verwehrt und werden Beamte diszipliniert, nur weil sie eine kommunistische oder sozialistische Gesinnung haben und nur, weil sie dieser Gesinnung auch Ausdruck geben, indem sie sich organisieren.“ (Juso-Vorsitzender Schröder)

Der Besluß des Kölner SPD-Parteitages hat für die Juso-Delegierten „einen bescheidenen ersten Schritt in die richtige Richtung gebracht“. „Er geht den Jusos nicht weit genug“. In diesem Parteitagsbesluß „drückt sich wohl das fatale Bestreben der Parteführer aus, auch fragwürdige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts als Grundlage ihrer Politik zu akzeptieren.“ (Kongreß-Beschluß)

Verfassungsgehorsam ist demnach nur dann geboten, wenn er ins eigene politisch-ideologische Konzept paßt!

Verjährung von NS-Verbrechen

„Der Bundeskongreß der Jungsozialisten spricht sich dafür aus, die Verfolgungsverjährung für NS-Morde aufzuheben“. Er wendet sich allerdings gegen eine generelle Aufhebung der Mord-Verjährung, weil er „die Verjährungsbestimmungen als

traditionellen Bestandteil einer auf Humanität und Erhaltung des Rechtsfriedens angelegten Kriminalpolitik“ betrachtet. Die Jusos begründen ihre Forderung nach Aufhebung allein von NS-Morden damit, daß es sich eben nicht um strafwürdige Verbrechen gegen das Leben von Individuen, sondern um Menschheitsverbrechen handelt — also mit der besonderen Dimension dieser Verbrechen.

Die Jusos verbinden diese Forderung mit dem Willen zu verstärkter antifaschistischer Arbeit gegen den sich nach ihrer Meinung immer mehr ausbreitenden und militanter werdenden Neonazismus in der Bundesrepublik.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen Holtfort sich in einem Redebeitrag auf dem Kongreß engagiert für die Beibehaltung der Verfolgungsverjährung generell eingesetzt hat.

Demgegenüber sprach sich der Bundestagsabgeordnete Hansen im Sinne des Juso-Antrages für die Aufhebung der Verjährung von NS-Verbrechen aus. In diesem Zusammenhang erklärte er auch, daß die Bundesrepublik zweimal Vergangenheit zu bewältigen habe: Die braune Vergangenheit von vor '45 und die schwarzbraune von nach '45. Man müsse die Vergangenheit offensiv bekämpfen. Offensiv heiße, nicht nur gegen den Neofaschismus vorzugehen, sondern auch gegen die Ursachen des Neofaschismus. Und das sei der Antikommunismus, der nichts anderes sei, als der Antibolschewismus von vor '45 mit anderen Mitteln.

Es gelte, die Berührungsangst gegenüber dem Kommunismus aufzugeben, in Europa wie auch bei uns. Sein Redebeitrag wurde mit lang anhaltendem starkem Beifall bedacht.

Entspannungs- und Abrüstungspolitik

Die Jungsozialisten solidarisierten sich nachdrücklich mit Herbert Wehner, Alfons Pewalcik, Hans Koschnick und Bundeswehrgeneral Bastian, in dem sie sich gegen das „Märchen von der „Gefahr aus dem Osten“ wendeten, die „unverhohlen aggressive Aufrüstungskampagne der CDU/CSU“ verurteilten, sich entschieden gegen jene wendeten, „die antikommunistische Propaganda betreiben, die ost-europäischen Länder verteuften und gegen die Entspannungspolitik auftreten“.

„Die Jungsozialisten unterstützen uneingeschränkt die jüngsten Bemühungen Herbert Wehners, der Abrüstungs- und Entspannungspolitik der Bundesregierung neue Impulse zu verleihen.“ So steht es in den Beschlüssen des Kongresses. Der Juso-Vorsitzende Schröder bekundete sein Verständnis für das „Sicherheitsbedürfnis der Länder in Osteuropa“.

„Die SPD muß in der Entspannungspolitik neue Initiativen ergreifen. Denkverbote sind überflüssig.

Es geht nicht um die Diskussion von Begriffen. Es geht aber sehr wohl um eine Diskussion über die Auflösung der Militärblöcke. Es geht auch um eine Diskussion darüber, wer hier den ersten Schritt zu tun hat. Wenn wir unsere Geschichte ernst nehmen, dann sind wir das. Von unserem Territorium aus ist die Gefährdung beispielsweise der Sowjetunion historisch ausgegangen und nicht umgekehrt.

Die Politik der Sowjetunion ist eindeutig defensiv. Ihre Rüstung ist es auch. Wir haben uns nicht vor einer Bedrohung unserer territorialen Integrität zu fürchten. Wir haben aber zu verstehen, daß das Volk der Sowjetunion historische Ängste noch nicht überwunden hat. Diese Ängste werden genährt, wenn sowjetisches Territorium durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik von unserem Lande aus direkt erreicht werden kann. Wir dürfen uns von der vereinigten Reaktion bei uns und in den USA kein aggressives Sicherheitskonzept aufschwätzen lassen. Wir haben ein Lebensinteresse an der Weiterführung der Entspannungspolitik, wir haben ein Lebensinteresse darin, daß die Entspannungspolitik nicht zu einer Sicherheitspolitik verkommt. Wir wollen keinen alten Wein in neuen Schläuchen. Wir wollen, daß die Entspannungspolitik entschlossen vorwärtsgetrieben wird.“

Was der Juso-Vorsitzende hier fordert, ist nichts anderes, als der einseitige Abbau der Verteidigungsfähigkeit durch Vorleistungen des Westens bei der militärischen Abrüstung.

Verteufelung der Union

Die Jusos verfügen über ein festgefügtes Feindbild, in dem CDU und CSU eine zentrale Rolle als Inbegriff der politischen Reaktion und Steigbügelhalter des Faschismus spielen. Besonders infam waren die Verbalinjurien des Juso-Bundesvorsitzenden gegenüber dem Kandidaten von CDU und CSU für das Amt des Bundespräsidenten.

„Das Grundgesetz hat einen eindeutig antifaschistischen Charakter. Gleichwohl soll am 30. Jahrestag des Grundgesetzes Karl Carstens zum Bundespräsidenten gewählt werden. Karl Carstens ist ein Mann, der ein ehemaliger Nationalsozialist ist. Wir sagen dazu: Die Wahl von Carstens wäre eine Zumutung für die arbeitende und lernende Jugend in der Bundesrepublik. Ein ehemaliges Mitglied der NSDAP eignet sich nicht als Repräsentant eines demokratischen Staates. Sie wäre auch eine Zumutung für alle Demokraten. Allein seiner Vergangenheit wegen ist Karl Carstens als Bundespräsident ungeeignet. Seiner politischen Gegenwart wegen ist er es noch viel mehr. Carstens verkörpert in sich alle Untugenden der deutschen Reaktion . . .“

Schwerpunkte zukünftiger Juso-Arbeit

Die Jusos werden in Zukunft verstärkt versuchen, wieder Jugendliche anzusprechen und zu gewinnen. Dies gehört zur Übereinkunft mit der Partei, die ein besseres gegenseitiges Verhältnis schaffen soll. Unter dieser Voraussetzung auch verzichtet die Partei vorläufig darauf, eine konkurrierende Jugendorganisation der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD (AfA) zu schaffen. Vor einer solchen Entwicklung, einer solchen Absicht der SPD bzw. der AfA haben die Jusos mächtig Angst.

Für die Ansprache von Jugendlichen zeichnen sich insbesondere zwei Schwerpunktfelder ab:

- die sogenannte Alternativbewegung: Es handelt sich dabei um Gruppen der grünen, bunten oder alternativen Listen — von Jugendlichen also, die aus der industriellen Leistungsgesellschaft abgetaucht sind und alternative Lebensformen erproben wollen. Eine politische Qualifizierung ist recht schwierig, vielfach dürften sie links von der SPD einzuordnen sein, ohne doch als Kommunisten bezeichnet werden zu können.
- Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit mit Jugendlichen: In diesem Sektor sind nicht zuletzt die kommunistischen Jugendgruppen, vor allem die SDAJ, zu einer von den Jusos sehr ernstgenommenen Konkurrenz geworden. Das hat sich ja auch auf dem letzten Bundeskongreß der Gewerkschaftsjugend gezeigt.

Die Jusos werden mit allem Ernst, allem Nachdruck und aller Energie versuchen, in diesem Bereich wieder Boden zu gewinnen. Nicht zuletzt von Erfolgen in dieser Zielgruppe wird die Zukunft des SPD-Jugendverbandes abhängen!

„Kritische Solidarität“ zwischen Jugendverband und Partei?

Die Jusos haben auch auf diesem Kongreß die Sozialdemokratische Partei und die von ihr geführte Bundesregierung massiv angegriffen. So beklagte Schröder „die Degenerierung der SPD zum ‚Kanzlerwahlverein‘“. Doch wurden die führenden Repräsentanten von Partei und Regierung vergleichsweise sanft behandelt; persönlich wurden sie von der Kritik weitgehend ausgespart. „Das inzwischen zu einem Verhältnis kritischer Solidarität entwickelte Verhältnis zwischen Jusos und Teilen der Parteiführung lässt allerdings hoffen“ (Schröder).

Die SPD hat die relative Mäßigung mit gewissen Lockerungen der Einvernehmensrichtlinien honoriert. Bundesgeschäftsführer Bahr habe die Initiative für die Auf-

hebung dieser Einvernehmensrichtlinien ergriffen und auch die Zustimmung des Parteipräsidiums erreicht. Ein Beschuß des Parteivorstandes sei allerdings am Widerstand vor allem linker Genossen im Parteivorstand gescheitert. Die Konferenz der Bezirksfürsten habe gemeint, auf den Knüppel Einvernehmensrichtlinie nicht verzichten zu können. Der Bundesgeschäftsführer bestätigte später diese Äußerungen Schröders. Bahr will dem Parteivorstand nun vorschlagen, daß der Bundesgeschäftsführer entscheiden kann, wie weit die Einvernehmensrichtlinien jeweils angewendet werden sollen.

Auf Benneter angesprochen erklärte Bahr: „Benneter — wer ist das denn? Ich habe im Augenblick kein Thema Benneter. . . . Aber: Ein Ausschluß aus der Partei darf nicht politisch lebenslänglich bedeuten!“

Auch Bahr sprach von einer „neuen Phase fruchtbare und kritischer Diskussion“ zwischen Partei und Jugendorganisation.

Überhaupt Egon Bahr: Die Rede des SPD-Bundesgeschäftsführers ließ unübersehbar erkennen, daß die Partei auf eine inhaltlich-politische Auseinandersetzung mit den Jusos verzichtet. Bei keinem der kontroversen politischen Themen hat Bahr eine Gegenposition bezogen. Offensichtlich sind Bahr und andere bestrebt, das politische Potential der Jusos auf die Mühlen der Parteilinken zu leiten.

Hinweis:

Zum ideologischen Kontext siehe die Schrift: Die Fraktionen der Jungsozialisten, Reformisten, Stamokaps, Antirevisionisten. Darstellung und Kritik. — RCDS-Schriftenreihe Nr. 32. Bonn 1979. Schriftenreihe Nr. 32. Bonn 1979.

Erhältlich bei:

Union Aktuell
Prinz-Albert-Straße 85
5300 Bonn 1